

Erster Einbruch seit 20 Jahren

Krise stoppt Zuwanderung

OECD warnt Industriestaaten, sich gegen Arbeitskräfte aus ärmeren Ländern abzuschotten

Von Roland Preuß

München – Die Wirtschaftskrise führt nach Einschätzung der Organisation OECD erstmals seit 20 Jahren dazu, dass kaum noch Arbeitskräfte in die Industrieländer einwandern. Die Organisation warnte Deutschland und andere Staaten davor, sich wegen der Rezession abzuschotten. Man werde die Arbeitskräfte bald benötigen.

„Migration funktioniert nicht wie der Wasserhahn, der sich nach Belieben auf- und zudreht lässt“, sagte der Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Angel Gurría, in Paris bei der Vorstellung des Ausblicks auf die Migrationsentwicklung. Die Zuwanderungspolitik müsse „den kurzfristigen konjunkturellen Bedingungen Rechnung“ tragen, ohne die „strukturellen Bedürfnisse auszublenken“. Insbesondere Deutschland benötige nach OECD-Einschätzung eine auf Dauer angelegte Zuwanderungspolitik, weil es eine „rasch und stark schrumpfende Erwerbsbevölkerung“ habe und in den vergangenen Jahren im internationalen Vergleich besonders wenige Zuwanderer aufgenommen habe.

In der Regel wächst die Zahl der Zuwanderer parallel zum Verlauf der Konjunktur: Viele Migranten folgen einem Jobangebot im Ausland, sie sind allerdings oft die Ersten, die bei einem Abschwung wieder gekündigt werden. So hat sich die Arbeitslosenquote laut OECD bei Zuwanderern in Irland und

Spanien seit Beginn der Krise fast verdoppelt. In Australien ging die Zahl der qualifizierten Einwanderer in den ersten vier Monaten dieses Jahres um mehr als ein Viertel zurück. Und in den USA wurde das erste Mal seit langer Zeit das Kontingent für befristete Visa zum Arbeiten nicht ausgeschöpft. In Großbritannien sei die Zuwanderung aus EU-Staaten, vor allem Polen, mangels Stellenangeboten im vierten Quartal 2008 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast die Hälfte auf 29 000 eingebrochen, so die OECD.

In Deutschland ist die Lage der Migranten bisher weniger dramatisch. Nach den aktuellen Zahlen vom Juni ist die Arbeitslosenquote unter Ausländern im Vergleich zum Vorjahresmonat lediglich leicht um gut einen Prozentpunkt gestiegen. Allerdings beträgt sie mit 16,7 Prozent nach wie vor mehr als das Doppelte der gesamten Rate. Daten zu den Zu- und Abwanderern in Deutschland im Jahr 2008 liegen noch nicht vor. Laut OECD hat sich das Muster der Zuwanderung in den vergangenen Jahrzehnten geändert: Während früher die Arbeitskräfte eher von einem Industrieland in ein anderes zogen, kommen die Migranten nun vor allem aus ärmeren Drittstaaten.

Die rasch steigende Zahl der Arbeitslosen hatte in der Schweiz und in Spanien zu politischen Debatten über eine Beschränkung der Zuwanderung geführt. Die Bundesregierung hatte erst Ende April eine Sonderregelung bis 2011 verlängert, die eine Zuzugsbeschränkung für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Staaten wie Polen vorsieht. Sie hatte

dies mit einer „schwerwiegenden Störung“ des Arbeitsmarktes begründet.

OECD-Generalsekretär Gurría warnte die Industrieländer vor weiteren Beschränkungen: „Wir brauchen eine bedarfsgerechte, faire und effektive Migrations- und Integrationspolitik, die sowohl in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten funktioniert.“ Es dürfe nicht zu Beschränkungen kommen, die eine Migration im nächsten Aufschwung behinderten.

Mangel an Fachkräften

Auch der Vorsitzende des unabhängigen Sachverständigenrates für Integration und Migration, Klaus Bade, warnte vor einem verschärften Fachkräftemangel in Deutschland beim nächsten Aufschwung. Die Knappheit sei im Moment nur durch die Krise überdeckt. „Danach wird der Wettbewerb um die besten Köpfe umso schärfer werden“, sagte Bade der *Süddeutschen Zeitung*. Die Unternehmen müssten sich wieder um verlorene Fachkräfte bemühen, die sich mittlerweile vielfach anders orientiert hätten.

Der Zuzug ausländischer Akademiker sei in den vergangenen Jahren insgesamt zwar deutlich erleichtert worden, allerdings stünden die Zuwanderer vor einem „Netz an undurchschaubaren Regelungen“. Sie müssten vereinfacht werden. Der Migrationsforscher erwartet nach dem Ende der Krise eine Migrationswelle sowohl nach Deutschland als auch von Deutschen ins Ausland. Viele Auswanderungswillige warteten lediglich auf eine bessere Lage. (Kommentare)

Süddeutsche Zeitung Nr. 148

Mittwoch, 1. Juli 2009